

Forum-Gewerberecht | Bewachungsgewerbe | Gesetz zur Regelung des Sicherheitsgewerbes > Sicherheitsgewerbe-gesetz (SiGG)

Autor	Beitrag
Puz_zle 31.07.2023 11:21	:moin:, von Teilen der Sicherheitswirtschaft wird seit Jahren ein eigenständiges Gesetz für Bewachungsunternehmen und Sicherheitsdienstleistungen gefordert (siehe z. B. > HIER und > DA). Das BMI, welches seit 1. Juli 2020 die Ressortzuständigkeit für das Bewachungsgewerbe übernommen hatte, hat in Folge nun den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Regelung des Sicherheitsgewerbes, welches u. a. das Sicherheitsgewerbe-gesetz (SiGG) selbst und Folgeänderungen in anderen Rechtsvorschriften (z. B. GewO, Waffengesetz, BewachV) enthält, online gestellt und in die Länder- und Verbandsanhörung gegeben. Infoseite des BMI zum Gesetzgebungsverfahren > :linkx: Referentenentwurf Stand 31. Juli 2023 > :linkx: Ergänzender Literaturhinweis: Prof. Dr. Sven Eisenmenger: > [COLOR=blue]„FORSI-Jahresband 2022 - Veranstaltungsschutz bei der Fußball-Europameisterschaft 2024 und neues Sicherheitswirtschaftsgesetz“ > Akademie der Polizei Hamburg : „Aufgabe des FORSI - Forschungsinstituts für Unternehmenssicherheit und Sicherheitswirtschaft - (Start: 1. Januar 2021) ist die rechtswissenschaftliche, praxisorientierte Erforschung der Unternehmenssicherheit und der Sicherheitswirtschaft. Dabei liegt der Akzent der Forschung auf der Kooperation zwischen Polizei und Sicherheitsdienstleistern auf dem Gebiet der Sicherheit. Damit wird die gesamte Bandbreite der Sicherheitsarchitektur in Deutschland – Staat und Privat – an der Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg abgebildet.Das FORSI verfügt über wissenschaftliche Expertise, publiziert wissenschaftliche Beiträge, fertigt wissenschaftliche Gutachten und führt Veranstaltungen zu allen aktuellen Themen durch. Drittmittelgeber ist der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (> BDSW) ...“[/SIZE]

Autor	Beitrag
Puz_zle 06.08.2023 15:23	:moin:, der BDSW hat am 2. August 2023 eine erste Kritik zum Referentenentwurf (RefE) geäußert > :linkx: sowie eine umfangreichere Fassung des RefE (?!?) veröffentlicht - die oben verlinkte BMI-online-Version enthält nur 84 Seiten - die vom BDSW bereitgestellte Version mit > 104 Seiten beinhaltet auch die 20-seitige Schätzung des Erfüllungsaufwandes für Wirtschaft und Behörden. In beiden Versionen fehlen allerdings u. a. noch die Aussagen zu den Gesetzesfolgen in Punkto Rechts- und Verwaltungsvereinfachung (siehe Seite 43 des RefE). Zudem wäre es m. E. sinnvoll gewesen, wenn zur komplexen Betrachtung des Gesetzesvorhabens im RefE bereits auch der Verordnungsentwurf / die Verordnungsentwürfe i. S. der VO-Ermächtigungen des § 32 SiGG enthalten wären. Betreffend der o. g. BDSW-Kritik noch der ergänzender Hinweis zum laufenden Gesetzgebungsverfahren zum KRITIS-Dachgesetz > :linkx:
Puz_zle 07.09.2023 05:28	:moin:, auch wenn scheinbar (noch) kein Artikulierungsbedarf zum Sicherheitsgewerbegesetz (SiGG) in diesem Forum besteht, hier einige wenige im Netz zu findenden Stellungnahmen / Statements zum Referentenentwurf zur Info. Securitas Holding > :linkx: KÖTTER Services > :linkx: VEKO online > :linkx:

Autor	Beitrag
Roesje 07.09.2023 14:32	"Es fehlt häufig an einer routinierten und professionellen Abarbeitung der für die Zuverlässigkeitsüberprüfung erforderlichen Prozesse. In der Folge führt dies zu einer späteren Einsetzbarkeit der Beschäftigten und auch zu einer Mehrbelastung der Behörden durch umfangreiche Rückfragen. Das Wohnsitzprinzip hat sich nicht bewährt. Securitas plädiert deshalb dafür, die Zuständigkeit für die Zuverlässigkeitsüberprüfungen wieder auf die Behörden am Betriebssitz der Sicherheitsunternehmen zu übertragen." aus der Stellungnahme Securitas Holding, der ich zum zitierten Auszug vollumfänglich zustimmen kann. Es liegt bereits seit Jahren am Vollzug bzw. Nicht-Vollzug. Die letzte Reform mit Schaffung BWR und allen daraus folgenden Widrigkeiten hat die Situation m.E. noch verschlimmert. Ich bete und hoffe jedenfalls, dass es endlich von der untersten Ebene genommen wird. Das, was erforderlich wäre, um diesen Misständen Herr zu werden, kann ich hier schlicht nicht mehr als kleine Verwaltungsfrau, die Gewerbeamt von A - Z machen soll und mittlerweile bei fast jeder Gewerbeanzeige erst mal die Welt erklären und etliche Rückfragen stellen muss, leisten. Danke @Puzzle für die stetige Informationsgabe hier. Ich würde ansonsten von so etwas gar nichts mitbekommen. Auch so ein Problem im Behördenapparat...die Kommunikation.

Autor	Beitrag
Civil Servant 07.09.2023 15:07	quote----- Original von Roesje Es liegt bereits seit Jahren am Vollzug bzw. Nicht-Vollzug. Die letzte Reform mit Schaffung BWR und allen daraus folgenden Widrigkeiten hat die Situation m.E. noch verschlimmert. Ich bete und hoffe jedenfalls, dass es endlich von der untersten Ebene genommen wird. Das, was erforderlich wäre, um diesen Misständen Herr zu werden, kann ich hier schlicht nicht mehr als kleine Verwaltungsfrau, die Gewerbeamt von A - Z machen soll und mittlerweile bei fast jeder Gewerbeanzeige erst mal die Welt erklären und etliche Rückfragen stellen muss, leisten. ----- In Hessen wurde die Aufgabe 2016 von den Städten und Gemeinden hochgezont auf die Kreise. Anlass soll eine gleichlautende Beschwerde der Polizei über die Vollzugsmängel bei den Kommunen gegenüber dem Wirtschaftsministerium sein. Die Städte > 50.000 Einwohner haben die Aufgabe behalten. Auch wenn wir hier seit Jahresanfang eine Kollegin haben, die sich zunehmend eingearbeitet hat, heißt das nicht, dass die Landkreise das per se besser können. In einem Nachbarkreis nämlich macht ein Kollege alleine § 34a § 34c und i § 56a Unberechtigte Handwerksausübung/Schwarzarbeit ProstSchG Fachaufsicht Das ist ein Unding. Wenn die Kreise auf eine solche Übertragung aber angemessen - also mit Personalaufstockung - reagieren, kann das in aller Regel aufgrund der gegebenen Spezialisierung sinnvoll sein.

Autor	Beitrag
Bendino 07.09.2023 16:09	quote----- Original von Roesje "Es fehlt häufig an einer routinierten und professionellen Abarbeitung der für die Zuverlässigkeitsüberprüfung erforderlichen Prozesse. In der Folge führt dies zu einer späteren Einsetzbarkeit der Beschäftigten und auch zu einer Mehrbelastung der Behörden durch umfangreiche Rückfragen. Das Wohnsitzprinzip hat sich nicht bewährt. Securitas plädiert deshalb dafür, die Zuständigkeit für die Zuverlässigkeitsüberprüfungen wieder auf die Behörden am Betriebssitz der Sicherheitsunternehmen zu übertragen." aus der Stellungnahme Securitas Holding, der ich zum zitierten Auszug vollumfänglich zustimmen kann ----- Früher hatte man nur einen Ansprechpartner, was halt bequem war. Ob es der Behörde aber gefallen hat, deren tausende Beschäftigte allein zu prüfen, möchte das Unternehmen aber nicht betrachten. Es ist hier bedeutend ruhiger geworden, seit dem wir die großen Unternehmen mit zentralen Betriebssitz in Berlin-Mitte nicht mehr betreuen müssen. Das Wohnsitzprinzip ist schon eine bessere Sache, zumal sich die ZVP auch meist über die Regionalen Behörden gestaltet und nicht Bundesweit Unterlagen abgefordert werden müssen.
Civil Servant 07.09.2023 16:23	Dem kann ich beipflichten. Wir hatten eine (kleine) Kommune in Südhessen. Die war für den Betriebssitz eines sehr großen Bewachungsunternehmens zuständig. Als wir dort anfragten, ob bestimmte Wachpersonen zuverlässigkeitsüberprüft worden seien, war die Antwort: Das habe man aufgegeben. Man hatte im Rathaus nicht die Phantasie, dass man mit der massenhaft zu erzielenden Gebühr eine Vollzeitstelle nur für § 34a hätte finanzieren können und eigentlich auch müssen. Solche Vorfälle hat unser WiMi dann wohl bewogen, den Kreisen mehr zuzutrauen und diesen das Bewachungsgewerbe zu übertragen.
Thomas Mischner 07.09.2023 16:30	quote----- Das Wohnsitzprinzip hat sich nicht bewährt. Securitas plädiert deshalb dafür, die Zuständigkeit für die Zuverlässigkeitsüberprüfungen wieder auf die Behörden am Betriebssitz der Sicherheitsunternehmen zu übertragen." ----- Das würde aber auch den Verzicht auf die Erlaubnis für Sicherheitsmitarbeiter (§ 5 SiGG), bedeuten. ?(
Civil Servant 07.09.2023 16:39	Ich glaube das stimmt. Securitas hat ein bisschen außen vor gelassen, dass sich ja die Wachperson jetzt selbst kümmern muss und der Erlaubnis bedarf. Es soll sich ja doch Bedeutendes ändern.

Autor	Beitrag
Roesje 07.09.2023 16:57	quote----- Original von Bendino Original von Roesje "Es fehlt häufig an einer routinierten und professionellen Abarbeitung der für die Zuverlässigkeitsüberprüfung erforderlichen Prozesse. In der Folge führt dies zu einer späteren Einsetzbarkeit der Beschäftigten und auch zu einer Mehrbelastung der Behörden durch umfangreiche Rückfragen. Das Wohnsitzprinzip hat sich nicht bewährt. Securitas plädiert deshalb dafür, die Zuständigkeit für die Zuverlässigkeitsüberprüfungen wieder auf die Behörden am Betriebssitz der Sicherheitsunternehmen zu übertragen." aus der Stellungnahme Securitas Holding, der ich zum zitierten Auszug vollumfänglich zustimmen kann ----- Früher hatte man nur einen Ansprechpartner, was halt bequem war. Ob es der Behörde aber gefallen hat, deren tausende Beschäftigte allein zu prüfen, möchte das Unternehmen aber nicht betrachten. Es ist hier bedeutend ruhiger geworden, seit dem wir die großen Unternehmen mit zentralen Betriebssitz in Berlin-Mitte nicht mehr betreuen müssen. Das Wohnsitzprinzip ist schon eine bessere Sache, zumal sich die ZVP auch meist über die Regionalen Behörden gestaltet und nicht Bundesweit Unterlagen abgefordert werden müssen. Das Wohnsitzprinzip finden meist die größeren Behörden gut, da sie nun weniger zu tun haben. Die kleinen Kommunen, wie ich, nicht. Ich habe weniger Überblick, als jemals zuvor. Ich habe zeitlich eigentlich null Kapazitäten, mich um das Bewachungsgewerbe zu kümmern, hatte auch vorher so gut wie keine Berührungspunkte. Mit einem Schlag wurden aus max. 2 Prüfungen/Jahr 40 WP, die ich zu betreuen habe. Firmen, die sonst wo sitzen und sämtliche Beteiligten (Firmen, WP) habe ich noch nie gesehen. Daher fand ich früher den einen Ansprechpartner bei der Betriebssitzbehörde besser. Dass viele Kommunen nie erkannt haben, was das für eine Arbeit ist und viele Verwaltungen sowieso viel zu günstig arbeiten mangels richtiger Gebührenerhebung, steht auf einem anderen Blatt. Ich bin fast gezwungen, das Ganze auszusitzen und wünsche mir von Herzen, dass es zum Kreis geht. Ansonsten muss hier etwas mit Personalaufstockung passieren. Das allerdings auch überwiegend nur, weil die Missachtungen in vielerlei Bereichen seit Jahren massiv zunehmen (das ist allerdings auch wieder ein teils eigens gezüchtetes Problem).
Puz_zle 20.09.2023 18:58	:moin:, nachstehend die heute veröffentlichte lesens- und beachtenswerte Stellungnahme des DIHK zum SiGG-Entwurf > :linkx: Weiteres Statements zum Referentenentwurf z. B. unter > www.youtube.com/@Akademiefuersicherheit

Autor	Beitrag
Puz_zle 22.09.2023 09:58	:moin:, der BDSW hat heute seine Stellungnahme zum SiGG-Referentenentwurf veröffentlicht: PM „BDSW fordert inhaltliche Überarbeitung des Entwurfs zum Sicherheitsgewerbe-gesetz" vom 22. September 2023 > :linkx: BDSW-Stellungnahme > :linkx:
Puz_zle 23.09.2023 10:40	:moin:, weitere SiGG-Stellungnahmen: Bayerischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft: > :linkx: ASW-Positionspapier > :linkx: Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen – BDLS > :linkx:
Balado 28.09.2023 11:00	Hallo zusammen, es soll mittlerweile auch eine Stellungnahme des Städtetages geben. - Bei uns ist leider bisher nicht angekommen. Es wäre super, wenn die mal jemand hier einstellen könnte. :anbeten: Danke und Grüße
Puz_zle 28.09.2023 13:34	Hallo @Belado, auf den Portalseiten des > Städtetag NRW bzw. des > Deutschen Städtetags ist bislang keine Stellungnahme zum SiGG zu finden. Meine Anfrage von Anfang September 2023 an das BMI, wann die dort eingegangenen Stellungnahmen > HIER voraussichtlich veröffentlicht werden, blieb bislang unbeantwortet. Allerdings widersprechen regelmäßig die Länder und auch Andere an der Länder- und Verbandsanhörung beteiligte Stellen der Veröffentlichung ihrer Stellungnahmen - Stichwort: (fehlende) Transparenz im Gesetzgebungsverfahren ... :kopfkratz: Wirtschafts- und Lobbyverbände offenbaren sich da eher. Stellungnahmen und sonstige Dokumente von Dritten, die nicht bereits an anderer Stelle öffentlich zugänglich gemacht wurden bzw. für die keine Autorisierung einer Veröffentlichung vorliegt, sollten insbesondere im öffentlichen Teil des Forums nicht publiziert werden (Stichworte: Dienstgeheimnisse und Forenregeln). Aus diesem Grund stelle ich vorwiegend nur Links zu möglicher Weise interessierenden Seiten in meinen Beiträgen zur Verfügung.

Autor	Beitrag
Balado 28.09.2023 14:48	Vielen Dank für die Antwort. Ich hatte nicht darauf geachtet, dass dies der öffentliche Teil ist. Danke für den Hinweis. Dann muss ich meine Neugier wohl noch etwas zügeln, bzw. mal an anderer Stelle nachfragen. Ich habe es zumindest so verstanden, dass es die Stellungnahme des Deutschen Städtetages bereits gibt und in einigen Behörden schon vorliegt.
Puz_zle 11.10.2023 09:20	:moin:, das BMI hat heute die dort zum SiGG eingegangenen und zur Veröffentlichung freigegebenen > Stellungnahmen online gestellt, u. a. auch die von @Balado gesuchte Stellungnahme der > Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände .
Roesje 23.10.2023 12:45	Hier ein interessanter Artikel: https://www.tagesschau.de/investigativ/mdr/sicherheitsfirmen-rechtsextremismus-100.html?utm_source=pocket-newtab-de-de
Puz_zle 26.04.2024 05:56	:moin:, zum aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum SiGG ist im Netz aktuell nicht viel zu finden, obwohl auf eine Anfrage der Plattform > FragDenStaat das BMI am 22. Januar 2024 mitteilte: „Das BMI arbeitet intensiv an der Finalisierung des Gesetzentwurfes für ein Sicherheitsgewerbegesetz und strebt einen zeitnahen Kabinettsbeschluss an. Im Anschluss befassen sich der Bundesrat und der Deutsche Bundestag mit dem Gesetzentwurf im regulären Gesetzgebungsverfahren.“. Der erforderliche Kabinettsbeschluss steht jedoch noch aus ... In einer DPA-Meldung von vergangener Woche - siehe z. B. den Artikel „Grünen-Politiker will Einigung zu Sicherheitsgewerbe-Gesetz“ vom 20. April 2024 in der > Süddeutschen Zeitung - heißt es „Generelle Bedenken gegen den Entwurf für das ‚Gesetz zur Regelung des Sicherheitsgewerbes‘ aus dem Bundesinnenministerium gibt es innerhalb der Ampel-Koalition zwar wohl nicht. Zu den daraus resultierenden Kosten sehen einige allerdings nach Angaben aus Koalitionskreisen noch Gesprächsbedarf. Zu dem Vorhaben liefen noch ‚regierungsinterne Abstimmungen, die ich nicht kommentieren kann‘, teilte ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums auf Anfrage mit.“. Da braucht es wohl einen „hausinternen Koalition-Vermittlungsausschuss“, um den eignen Koalitionsvertrag in puncto SiGG umzusetzen ... Die 20-seitige Schätzung im RefE vom Juli 2023 zum Erfüllungsaufwand für Wirtschaft und Behörden wurde damals nur den im Anhörungsverfahren Beteiligten (u. a. Branchen- und Lobby-Verbänden) zur Verfügung gestellt. Auf der Internetseite des BMI zum SiGG-Gesetzgebungsverfahren fehlt sie jedoch bis heute - siehe hierzu meine obige Anmerkungen vom 06.08.2023 ff.. Hat jemand aktuellere Informationen zum Stand des SiGG, insbesondere zum derzeitigen Inhalt des überarbeiteten Erstentwurfs?
hans-im-glück1986 28.05.2024 23:11	Unstimmigkeit zwischen BMI und BMF bzgl. der veranschlagten Kosten. Daher geht es seit Wochen nicht weiter. Druck gibt es in dem Sinne auch nicht, da erst einmal die EM vor der Türe steht... VG

Autor	Beitrag
Pitti81 30.07.2024 08:29	:moin: So, die EM ist lange vorbei, woran liegts? :biggrin: :verdo:
Balado 31.07.2024 09:32	Sommerpause! :sunny: :sunny: :sunny:
Pitti81 28.10.2025 08:11	:moin: In dieser Sache passiert anscheinend auch nichts mehr, oder hat jemand eventuell aktuelle Infos? Selbst im Netz ist nichts mehr aktuelles zu diesem Thema zu finden... :kopfkraz: Grüße
Roesje 28.10.2025 08:55	:moin: Vielleicht hat man das zwischenzeitlich verworfen, weil der Staat mittlerweile zu oft selbst Kunde ist und man diese Kuh auch nicht mehr vom Eis holen kann, weil zu verfangen??? https://www.ardmediathek.de/video/exactly/rechtsextreme-als-security-staatliche-auftraege-fuer-verfassungsfeinde/mdr/Y3JpZDovL21kci5kZS9zZW5kdW5nLzI4MjA0MC81MTY0NDgtNDk2NDgw
Pitti81 28.10.2025 08:58	:moin: Gerade weil der Staat oft selbst Kunde ist, Bewachung Kasernen und was weiß ich, fand ich die Idee des Gesetzes eigentlich sehr gut.... Na vielleicht kommt ja noch mal was... :biggrin: Grüße
Roesje 28.10.2025 10:03	quote----- Original von Pitti81 :moin: Gerade weil der Staat oft selbst Kunde ist, Bewachung Kasernen und was weiß ich, fand ich die Idee des Gesetzes eigentlich sehr gut.... Na vielleicht kommt ja noch mal was... :biggrin: Grüße ----- Natürlich war und ist das grds. eine gute Idee. Aber gute Ideen in gute Gesetze umzuwandeln kann Deutschland themenübergreifend nicht so wirklich gut. Vielleicht ist es also auch ein Glück. De facto hat die letzte Reform und das BWR ja nicht wirklich etwas an den Problemen in der Branche geändert, weil das Problem halt auch noch nie in unscharfen, unklaren Regelungen lag, sondern im mangelhaften bzw. kaum stattfindenen Vollzug in der Realität.

Autor	Beitrag
Pitti81 28.10.2025 10:40	:moin: Also bzgl. dem BWR sehe ich das anders. Der Vollzug bzw. überhaupt die Möglichkeit, bei einer Kontrolle festzustellen, ob die WP alle Voraussetzungen erfüllt, ist doch massiv verbessert worden. Wie habt ihr denn vor acht Jahren von auswärtigen Sicherheitsunternehmen die Wachpersonen vor Ort überprüft? War alles mit Aufwand verbunden und da wurde man vielleicht wirklich mal verarscht. Heute reicht ein Netbook vor Ort und ich habe alle Daten. Bundesweit. Auch die Freigabe ist viel benutzerfreundlicher geworden. Daher sehe ich nicht für jede Neuerung schwarz. :) Grüße

Autor	Beitrag
Roesje 28.10.2025 11:54	quote----- Original von Pitti81 :moin: Also bzgl. dem BWR sehe ich das anders. Der Vollzug bzw. überhaupt die Möglichkeit, bei einer Kontrolle festzustellen, ob die WP alle Voraussetzungen erfüllt, ist doch massiv verbessert worden. Wie habt ihr denn vor acht Jahren von auswärtigen Sicherheitsunternehmen die Wachpersonen vor Ort überprüft? War alles mit Aufwand verbunden und da wurde man vielleicht wirklich mal verarscht. Heute reicht ein Netbook vor Ort und ich habe alle Daten. Bundesweit. Auch die Freigabe ist viel benutzerfreundlicher geworden. Daher sehe ich nicht für jede Neuerung schwarz. :) Grüße ----- Dies trifft sicherlich zu, wenn es überhaupt eine Vor-Ort-Kontrolle gibt :wink:. Die gibt es bei uns und vielen anderen kleinen Kommunen nach wie vor nicht. Die örtliche Polizei wusste letztes Jahr noch nichts von einem BWR. Der Zoll wusste vor 3 Jahren noch nichts von einem BWR. Bei Veranstaltungen, bei denen die Polizei z.B. wegen Körperverletzungen gerufen wird im Zusammenhang mit Securitys prüft sie in Sachen BWR nichts, was die Ahndung von Owis im Keime erstickt (hatte so einen Fall). Ich bin gehalten, nur meinen Innendienst-Job zu machen. Vollzugsdienst, der sich in Gewerberecht auskennt, gibt es also sozusagen nicht. Bei Veranstaltungen aller Art wird diesbezüglich nichts im Bescheid geregelt. Etliche Hinweise auf die Notwendigkeit meinerseits wurden bisher gekonnt ignoriert. Diese Situation ist kein Einzelfall. Ich habe 0 zeitliche Kapazität für das Thema Bewachung. War früher vielleicht 1-3% meiner Stelle, aufgrund Wohnsitzgemeinde sind es jetzt eher 10-15%, die ich nicht leisten kann. Es kommt aber nicht an. Ganz im Gegenteil bekomme ich noch mehr Aufgaben, für die ich keine Zeit haben werde, sie richtig zu bearbeiten - 75% Stelle (bin keine VZ mehr) und so ca. 120% laut Stellenbeschreibung. Ergo wird die Arbeitsweise angepasst, ergo wird weiterhin in vielerlei Hinsicht kein Vollzug vor Ort da Draußen stattfinden und nur dann mal ein DuDuDu rausgehauen, wenn die Kacke schon längst am Dampfen ist. Und das ist die Realität in vielen kleinen Kommunen, die bloß 1 Person haben, die überhaupt was mit Gewerberecht macht und dass ich nur noch Gewerberecht machen darf, habe ich auch nur mir und der Entwicklung der letzten 15 Jahre zu verdanken. Hier wie auch in vielen Kommunen ist das Gewerbeamt quasi nur das Führen des Registers und die bloße Verwaltung in Form von Erteilungen von Erlaubnissen. Überwachung und Vollzug finden vielerorts aufgrund historisch gewachsener Strukturen, jahrzehntelangen eklatanten Vollzugsdefiziten, Fachkräftemangel und genereller personeller Kapazitätslücken nicht statt. Mein Fazit nach 26 Jahren öffentl. Vw, davon 17 Jahren im Gewerbeamt als

Autor	Beitrag
	Einzelkämpferin in Rheinland-Pfalz.
Pitti81 28.10.2025 13:09	:moin: Naja, mal ehrlich, das liegt ja nicht am Gesetzgeber, dass deine Gemeinde den Personalansatz falsch einschätzt. :) Zoll und Polizei wissen hier auch nicht viel über ein BWR, müssen sie aber auch nicht, sind da weder zuständig noch schreib- oder leseberechtigt. :weisnicht: Wir haben ja von polizeilichen Datenbanken auch keine Ahnung.... Von daher verwehre ich (persönlich) mich gegen Verallgemeinerung und Schwarzmalerei. :biggrin: Bedenkliche Einzelfälle wie bei dir gibt es leider zu oft und zu viele, da hast du Recht....:(Grüße

Autor	Beitrag
Roesje 28.10.2025 14:01	quote----- Original von Pitti81 :moin: Naja, mal ehrlich, das liegt ja nicht am Gesetzgeber, dass deine Gemeinde den Personalansatz falsch einschätzt. :) Zoll und Polizei wissen hier auch nicht viel über ein BWR, müssen sie aber auch nicht, sind da weder zuständig noch schreib- oder leseberechtigt. :weisnicht: Wir haben ja von polizeilichen Datenbanken auch keine Ahnung.... Von daher verwehre ich (persönlich) mich gegen Verallgemeinerung und Schwarzmalerei. :biggrin: Bedenkliche Einzelfälle wie bei dir gibt es leider zu oft und zu viele, da hast du Recht....:(Grüße ----- "Abfragebehörden können neben den § 34a-Behörden im Rahmen der Amtshilfe insbesondere Ordnungsämter, Polizei- oder Zollbehörden sein. Sie führen Vor-Ort-Kontrollen bei Gewerbebetrieben und beim Einsatz von Wachpersonal durch." Quelle: https://www.bewacherregister.de/bwrweb/DE/Service/Glossar/glossar_node.html#625388 Realität > läuft mal hier und mal da, überwiegend nicht. Und so ganz grds. stelle ich eben immer und immer wieder -egal, welche Thematik- folgendes Muster fest: - Es gibt Probleme. Bewachungsbranche voller vorbestrafter Menschen, oft genug mit rechtsradikalem Hintergrund, durchzogen von Menschen mit Connections zu Hells & Co. etc. Das Problem ist schon seit Jahren bekannt. Man dümpelt rum und es tut sich nichts. - Es gibt plötzlich einen Anlassfall. Die Medien kriegen das mit, dass z.B. Security mit rechtsrad. Hintergrund in Flüchtlingsheimen standen. Schlagzeilen über Schlagzeilen. Die Politik im Zugzwang. - Es werden verschärfte Gesetze und Reformen angekündigt und rausgehauen. Manchmal durchdacht, überwiegend nicht. Der mediale Aufschrei verstummt, die Legislative hat getan. Alles fein. Nein. Regelmäßig und themenübergreifend wird eines nicht verstanden: Ich kann reglementieren, verschärfen oder reformieren in der Legislative wie ich will. Wenn die Exekutive nicht richtig funktioniert bzw. nicht richtig funktionieren kann, wird das nix. Und das sehe ich leider fast überall. Probleme sind da. Es braucht den Anlassfall. Es wird was gemacht, aber nicht richtig und dann wundert man sich Jahre später, warum

Autor	Beitrag
	es immer noch nicht läuft und dann reformiert man wieder usw. usf. Noch so ein Beispiel ist z.B. das "Kampfhundthema". Erkennt man aber nur, wenn man die Realität kennt (die ich als ehemalige Listenhundbesitzerin und Ehrenamtlerin zu diesem Thema als Verwaltungsfrau aus diesen 3 Perspektiven beleuchten durfte). Oberflächlich und naiv betrachtet kein Thema mehr und Rasselisten toll, in der Realität ist weder der Gefahrenabwehr noch dem Tierschutz anständig Rechnung getragen worden. Die Statistiken oft lachhaft, die Zahlen von Beißvorfällen ansteigend und die Hunde gibt es wie Sand am Meer - in Verpackung von Phantasiebezeichnungen usw. - eben illegal - komplett durch das behördliche Raster gefallen. Back to Bewachung: Warum konnten sich über Jahre und Jahrzehnte überhaupt so viele vorbestrafte Menschen als Wachpersonen in dieser Branche einfinden und warum wird sie - zumindest teilweise- bis heute unterwandert von kriminellen Strukturen? Weil es früher Gesetzeslücken gab? Nein. Das wäre bei einem flächendeckenden, ordentlichen Vollzug eines § 34a GewO/BewachV auch in der Version vor der Reform gesetzlich nicht möglich gewesen. Das Problem liegt im Vollzug und das wiederum wegen vieler möglicher Faktoren. Solange das nicht begriffen wird, regeln wir unseren Rechtsstaat glaube ich zu Tode. Denn alle Probleme, denen ich hier begegne, sind keine Einzelfälle einer Verwaltung oder ein paar wenigen Provinzgemeinden. Alle Probleme sind systemisch und strukturell in der gesamten BRD vorzufinden. Nur oft wird das professionell unter den Teppich gekehrt, weil jede Behörde am Ende politisch geführt... :biggrin: Es steht und fällt grds. mit dem SB. Oder mit der Führung. Oder mit der Politik. Daher ist es höchstens Zweckpessimismus, den man gerne auch als Schwarzmalerei erkennen darf. Wenn es hilft, dass sich vielleicht irgendwann was ändert, gerne! Ich wollte es hier ändern und fand unseren Job mal extrem wichtig. Ist er eigentlich auch, was die Theorie anbelangt. In der Praxis muss ich leider für mich hier feststellen: Es ist fast schon schnurzipiegal, ob hier einer das Gewerberegister führt oder nicht, kommt eigentlich auf das Gleiche raus. Fast. Ich habe mich früher aufgeregt über die Kollegen, die resigniert nur noch abstempeln und nichts hinterfragen oder kontrollieren, nicht an das große Ganze denken oder nicht in der Lage sind, außerhalb des Tellerrands zu denken. Jetzt bin ich leider auch auf diesem Weg. Nicht, weil ich wirklich so denke, aber weil das System einen irgendwann bricht. Man müsste halt mal neu denken, richtig die Ursachen angehen und nicht immer bloß so eine Verschlimmbesserung angehen. Für mich hat sich tatsächlich -insb. in meiner Region- herauskristallisiert, dass Behörden, wo es läuft, wie es soll, die Einzelfälle sind. Das sind meist größere Kommunen, die anders -insb. personell- aufgestellt sind. Viele Aufgaben sind auch in den BL teilweise hinrissig aufgeteilt. In RLP immer gerne alles auf unterster Ebene. Auch so ein Problem. Ich gehöre hier mittlerweile als gelernte Verwaltungsfachangestellte zu den letzten Einhörnern und in ein paar Jahren wird der ö.D. ziemlich blöd gucken, wenn dann die Generationen von Angestellten & Beamten, die noch von der Pieke auf Verwaltung waren, weg sind. Basis-Verwaltungswissen ist jetzt schon oft Mangelware. Die Kollegen können nichts dafür. Es ist irgendwie schon das System... So schließt sich der Kreis. Für mich jedenfalls :wink: Grüße

Autor	Beitrag
	:herbst:

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

Powered by: PDF Thread Hack 1.0 Beta 2 © 2004 Christian Fritz
Powered by Burning Board 2.3.6 pl2 © 2001-2004 WoltLab GmbH